



*Gewalt gegen Frauen ist auch in Tunesien ein Problem. Das Frauenhaus Beity bietet diesen Frauen Schutz.
Foto: Sarah Mersch*

TUNESIEN: KAMPF UM DEN ÖFFENTLICHEN RAUM

Im Jahr 2011 war Tunesien Ausgangspunkt des „Arabischen Frühlings“. Als einziges Land der Region hat der politische Umsturz hier in Ansätzen demokratische Früchte getragen. Auch bei den Frauenrechten geht es voran. Seit seiner Unabhängigkeit 1956 gilt Tunesien als regionaler Vorreiter in Sachen Gleichberechtigung. Nun hat das Parlament mit großer Mehrheit eine umfassende Strafrechtsänderung verabschiedet, um Frauen besser vor Gewalt zu schützen, und der Justizminister hat eine Anordnung aus den 1970er Jahren aufgehoben, die es Tunesierinnen de facto untersagte, Nicht-Muslime zu heiraten. Ein Fortschritt, sicher. Doch viele andere Diskriminierungen müssen noch angegangen werden.

Am 26. Juli verabschiedete das Parlament einstimmig das neue Gesetz zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Es verändert das tunesische Strafrecht entscheidend und gleicht es den Prinzipien der neuen Verfassung aus dem Jahr 2014 an. Vorangegangen waren jedoch heftige Debatten. Mehrezia Labidi, ehemalige Vizepräsidentin der Verfassungsversammlung und Abgeordnete der konservativ-islamischen Ennahdha-Partei, schüttelt den Kopf, wenn sie an die langwierigen Diskussionen auch in ihrer Partei denkt. „Wenn es in einer Gesellschaft wie unserer um Frauen geht, fallen manchmal alle Hemmungen. Was auch in unseren Fraktionen für Konservative sitzen ...“, sagt sie, als könne sie es immer noch nicht glauben. Doch die Befürworter_innen des Gesetzes, die sich über alle politischen Lager verteilen, haben nicht aufgegeben. Manchmal müsse man eben ein kleines Erdbeben in den Köpfen auslösen, so Labidi. „Natürlich muss ein Politiker auf seine Basis hören, aber er muss sie auch dazu bringen, Fortschritte zu machen.“

Ganz ähnlich wie Labidi sah das vor mehr als 60 Jahren schon der erste Präsident Tunesiens, Habib Bourguiba. 1956, im Jahr der Unabhängigkeit des Landes und noch vor der Verabschiedung einer Verfassung, setzte er – im Gegensatz zu Labidi ein überzeugter Säkularer – ein für damalige Verhältnisse revolutionäres Personenstandsgesetz (Code du Statut Personnel, CSP) durch. Es ist bis heute verantwortlich für den Ruf Tunesiens, das Musterland der Region in Sachen Frauenrechte zu sein.

Monia Ben Jemia, Vorsitzende des Tunesischen Verbandes der Demokratischen Frauen (Association Tunisienne des Femmes Démocrates, ATFD), fiel am 26. Juli 2017 ein Stein vom Herzen oben auf der Besucher_innentribüne des Parlaments. Seit mehr als zehn Jahren hatte die historisch wichtigste Frauenrechtsorganisation Tunesiens für eine Gesetzesänderung



Immer wieder kommt es zu sexueller Belästigung im öffentlichen Nahverkehr. Der Kontakt zu fremden Männern wird daher vermieden. Foto: picture-alliance

gekämpft. Erst nach dem politischen Umbruch 2011 kam Bewegung in die Angelegenheit. Zwar gebe es immer noch Reformbedarf, „aber insgesamt ist das ein gutes Gesetz“, so Ben Jemia, die aufzählt, was sich alles mit dem neuen Gesetz, das im Januar 2018 in Kraft treten wird, zum Positiven wandelt. So wird jetzt beispielsweise Belästigung im öffentlichen Raum unter Strafe gestellt. Eine Studie des CREDIF (Centre de Recherches, d'Études, de Documentation et d'Information sur la Femme / Zentrum für Forschung, Studien, Dokumentation und Information über Frauen), von UN Women und des tunesischen Familienministeriums hatte 2015 ergeben, dass mehr als die Hälfte der Frauen schon einmal auf der Straße Opfer von Belästigungen geworden waren, im öffentlichen Nahverkehr waren es sogar rund 90 Prozent.

„Kein Zustieg für Belästiger“

Ähnlich wie fast zeitgleich in Jordanien ist zudem eine Regelung abgeschafft worden, die es Vergewaltigern von Minderjährigen erlaubte, ihre Opfer zu heiraten, um einer Strafverfolgung zu entgehen. In Scheidungsverfahren wegen häuslicher Gewalt wurde früher die Strafverfolgung automatisch eingestellt, wenn die Frau den Scheidungsantrag zurückzog – auch dieses Vorgehen ist mit dem neuen Gesetz hinfällig.

Darüber hinaus ist der Begriff der Vergewaltigung juristisch neu definiert worden. Er wird nun unabhängig davon gesehen, in welchem Verhältnis die Beteiligten zueinanderstehen. Auch Vergewaltigung in der Ehe wird somit endlich ein Straftatbestand. Begleitet werden die Änderungen – auch das ist gesetzlich festgehalten – von einem umfangreichen Sensibilisierungsprogramm etwa für Familienrichter_innen und Anwälte_innen. Für Sicherheitskräfte, die oft als Erste im Kontakt mit Opfern von Gewalt stehen, führt das Forschungszentrum CREDIF zusammen mit der Initiative GAV (Génération A'Venir / die kommende Generation oder auch Zukunftsgeneration) und mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Tunesien Veranstaltungen zur Sensibilisierung durch. Unter dem Motto „Kein Zustieg für Belästiger“ hat das Zentrum im September zudem eine Kampagne gegen Belästigung im öffentlichen Nahverkehr lanciert.

Vielen geht das neue Gesetz jedoch nicht weit genug. „Wir haben den richtigen Augenblick verpasst, um noch mehr durchzusetzen“, findet die Juristin Sana Ben Achour, ehemalige Vorsitzende der ATFD. Sie hätte statt der Strafrechtsreform gern einen gender-basierten Ansatz gesehen, der den gesamten Gesetzeskorpus miteinbezieht und aktualisiert. Denn dort sind noch viele Paragraphen enthalten, die Geschlechterunterschiede zementieren, so Ben Achour, vor allem im einst so revolutionären Personenstandsgesetz von 1956, das damals die Polygamie abschaffte und Frauen erlaubte, zu wählen und sich wählen zu lassen sowie die Scheidung einzureichen. Fragt man Monia Ben Jemia, handelt es sich beim CSP gar um den Text, „der Frauen heute am stärksten diskriminiert“.

Die Gesetze der gesellschaftlichen Lebensrealität anpassen

Dank dieses Gesetzes seien die Tunesier_innen heute das, was sie sind. Doch der Text habe seinen Dienst getan, findet auch Sana Ben Achour. Heute sei er nicht mehr zeitgemäß, denn viele Vorschriften seien längst überholt von der tunesischen Lebensrealität. So ist laut Gesetz der Ehemann nach wie vor alleiniger Familienoberhaupt, obwohl heute zunehmend beide Elternteile berufstätig sind und zum Einkommen des Haushalts beitragen. „Dadurch hat die Mutter aber auch kein Sorgerecht für die Kinder, solange sie verheiratet ist“, erklärt Ben Jemia. Dieses wird ihr normalerweise nur im Scheidungsfall zugesprochen, da dann das Kindeswohl im Vordergrund steht und dessen Wahrung von Seiten der Gerichte in der Regel eher bei der Mutter gesehen wird. Sie darf dann allerdings

nicht erneut heiraten oder in eine andere Stadt ziehen. Sonst verliert sie das Sorgerecht. Wird dieses im Scheidungsfall jedoch dem Vater zugesprochen, muss er eine Frau an seiner Seite haben, die „in der Lage ist, das Kind aufzuziehen“. Allein für das Kind verantwortlich zu sein wurde Männern in den 1950er Jahren noch nicht zugetraut.

Noch schwieriger ist die Situation bis heute für alleinerziehende Mütter außerehelich geborener Kinder. „Mütter und Kinder werden von der Gesellschaft ausgeschlossen“, berichtet Sana Ben Achour. Oft brechen die Familien den Kontakt ab und die Frauen verlieren ihren Arbeitsplatz. Auch für die Kinder, die nicht wie sonst in Tunesien üblich den Namen des Vaters im Personalausweis stehen haben, werde jeder Verwaltungsakt zur Schikane; sie würden schon in der Schule ausgegrenzt.

Ein sicherer Raum für Ausgegrenzte

Für solche Frauen und ihre Kinder setzt sich die Organisation Beity (Mein Haus) ein, die Ben Achour 2012 mitgegründet hat. Neben Rechtsberatung, medizinischer und psychologischer Betreuung sowie Öffentlichkeitsarbeit betreibt der Verein eines von drei Frauenhäusern, die in Tunesien existieren. „Wir wenden uns an all jene Frauen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden.“ Alleinerziehende Mütter, Obdachlose und Prostituierte finden dort einen Platz. In einer umgebauten Schule in Tunis haben sie vor einem Jahr ihr Quartier bezogen. Eine quirlige Endzwanzigerin öffnet dort die Tür. Nadia Benzarti ist Psychologin und leitet das Frauenhaus von Beity. Zurzeit ist sie verantwortlich für elf Frauen zwischen 18 und fünfzig Jahren und für genauso viele Kinder, die dort untergekommen sind. Auf den großen Innenhof brennt die Spätsommersonne – die meisten Frauen haben sich in ihre Zimmer oder einen der Gemeinschaftsräume zurückgezogen. Den genauen Ort des Hauses versucht Beity geheim zu halten, um die Bewohnerinnen zu schützen.

„Die meisten wurden von anderen Vereinen an uns verwiesen, mehr und mehr kommen aber auch über Mund-zu-Mund-Propaganda“, erzählt Benzarti. Sie bezeichnet sich selbst als Mädchen für alles, denn sie koordiniert die Zusammenarbeit mit staatlichen und nicht staatlichen Stellen, organisiert Kulturveranstaltungen für die Bewohnerinnen und kümmert sich um Kindergartenplätze oder Probleme mit dem Stromversorger.



„Wir wenden uns an all jene Frauen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden“, so Nadia Benzarti Leiterin des Frauenhauses Beity. Foto: Sarah Mersch

Einmal aufgenommen, werden die Frauen bei Beity rundum betreut. Viele sind Opfer häuslicher Gewalt, bei anderen handelt es sich um junge Waisen, die mit der Volljährigkeit die staatlichen Waisenhäuser verlassen mussten und sich nun auf der Straße wiederfinden. Zunächst gehe es darum, die Frauen zu stabilisieren. „Oft wird es besser, sobald juristische Verfahren, zum Beispiel eine Scheidung, abgeschlossen sind.“ Dann gelinge es den Frauen leichter, neue Perspektiven zu entwickeln. Denn genau darum geht es Beity: „Wir entwickeln mit ihnen ein neues Projekt für ihr Leben“, so Benzarti, „damit sie mittelfristig wieder auf eigenen Füßen stehen können.“

Sozioökonomisch weiterhin im Nachteil

Dass Frauen in Tunesien nicht nur häufiger arbeitslos sind, sondern auch seltener Firmen oder Land besitzen, sei ebenfalls im CSP quasi zementiert. Denn das dort festgeschriebene Erbrecht orientiert sich am islamischen Recht, nach dem Frauen „gleichen Ranges“ in der Regel ein Drittel, Männer aber zwei Drittel erben. Seit Jahren wird immer wieder darum gestritten; zum tunesischen Frauentag am 13. August, dem Tag der Verabschiedung des CSP und offiziellen Feiertag, hat sich dieses Jahr erstmals der säkular-konservative Staatspräsident Essebsi, Gründer der Partei Nidaa Tounes, eingeschaltet und eine Reform angemahnt.

Der Aufschrei war groß, doch äußerten sich vereinzelt auch Politiker_innen aus dem islamisch-konservativen Spektrum sowie der Mufti, der oberste Religionsgelehrte des Landes, eher wohlwollend. Man müsse über diese wichtige Frage zumindest diskutieren, so der Tenor. Ein – mehrheitlich männlich besetztes – Komitee aus Jurist_innen, Soziolog_innen und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft soll nun einen konkreten Vorschlag zur Lösung unterbreiten, mit dem sowohl Befürworter_innen einer Reform leben können als auch diejenigen, die nicht an der religiös verankerten Basis des Textes rühren wollen. Die Religion sei dabei nur ein Vorwand, ist Monia Ben Jemia sicher. „Eigentlich geht es doch um patriarchalische, machistische Strukturen.“

Quer durch das politische Spektrum wird außerdem immer wieder argumentiert, die Erbrechtsfrage sei nicht prioritär, allenfalls ein Problem der Reichen, und man solle sich doch lieber erst mal um die Situation der Frauen auf dem Land kümmern, die als Tagelöhnerinnen auf den Feldern arbeiten. Sana Ben Achour kann diese Kommentare nicht mehr hören. „Warum sind die Frauen denn arm? Weil sie auf den Feldern ihrer eigenen Vorfahren arbeiten und dabei auch noch weniger verdienen als die Männer.“ Das gegenwärtige Erbrecht führe nur dazu, dass sich die ungerechten sozioökonomischen Strukturen verfestigen.

Frauenrechte als taktisches Ablenkungsmanöver?

Während das Erbrecht noch diskutiert wird, hat die tunesische Justiz im September dieses Jahres überraschend eine Anordnung von 1973 aufgehoben, nach der es Tunesierinnen verboten war, Nicht-Muslime zu heiraten. Dies hatte dazu geführt, dass unzählige Ausländer zur Anerkennung der Ehe zumindest auf dem Papier konvertieren mussten. Obwohl der jetzige Schritt, den ebenfalls Präsident Essebsi angeregt hatte, von weiten Teilen der Öffentlichkeit begrüßt wurde, sorgte der Zeitpunkt für Verwunderung.

Die Ankündigung erfolgte nur einen Tag, nachdem die Regierungskoalition im Parlament ein umstrittenes Gesetz zur Straffreiheit für bestechliche Beamte aus der Zeit der Diktatur durchgedrückt hatte. Das sei kein Zufall, glaubt Amna Guellali, Leiterin von Human Rights Watch in Tunis, sondern geschicktes Taktieren. Sie fühlt sich an die Zeit vor der Revolution erinnert, als Frauenrechte vor allem „ein Ablenkungsmanöver von repressiven Praktiken“ waren. „Die tunesische Regierung erinnert uns an die Widersprüche



Zwei starke Frauen auf dem Weg in die Politik: Leila Oguntayo und Emna Halalili.
Foto: Sarah Mersch

der Vergangenheit, als Frauenrechte genutzt wurden, um ein System reinzuwaschen, das von Korruption und systematischen Menschenrechtsverletzungen durchzogen war.“

Auch wenn die aktuellen Fortschritte in Sachen Frauenrechte nicht ganz ohne taktische Hintergedanken auf den Weg gebracht worden sein sollten – die Politik wird in Tunesien künftig weiblicher werden. Denn die Verfassung sieht eine paritätische Beteiligung von Frauen in regionalen Gremien vor. Der erste Schritt: die Kommunalwahlen, die voraussichtlich im Frühjahr 2018 landesweit stattfinden.

In Nabeul, rund eine Autostunde südlich von Tunis, sitzen Emna Halalili und Leila Oguntayo im Café. Kennengelernt haben sie sich bei einem Programm der FES, das sich an arbeitssuchende Frauen richtet. Eigentlich ging es dabei vor allem darum, wie man eine Bewerbung schreibt und sich im Vorstellungsgespräch präsentiert, um bessere Chancen auf eine Anstellung zu haben. Aber auch Frauen- und Menschenrechte sowie die anstehenden Kommunalwahlen wurden immer wieder diskutiert.

Frauen in den öffentlichen Raum bringen

„Eines Abends bin ich dann im Fernsehen auf eine politische Talkshow gestoßen. Früher hätte ich sofort umgeschaltet“, gibt Halalili zu. Doch die 27-jährige Physiklehrerin blieb hängen und entschied sich schließlich, auf einer unabhängigen Liste für die Kommunalwahlen zu kandidieren. Themen gebe es in ihrer Heimatstadt schließlich genug und jede müsse anfangen, vor ihrer eigenen Haustür zu kehren – im wahrsten Sinne des Wortes, denn die Straßen liegen voller Müll. Neben der Müllabfuhr funktionieren auch andere kommunale Einrichtungen seit 2011 nur noch eingeschränkt. „Kindergärten, Parks, Spielplätze“, beginnt die Mutter einer kleinen Tochter aufzuzählen. Auch die Sportanlage, wo sie als Mitglied der tunesischen U18-Basketball-Nationalmannschaft früher trainiert hat, sei in einem desolaten Zustand.

Leila Oguntayo war als Kind eine Zeit lang in der Jugendorganisation der ehemaligen Einheitspartei. „Doch meine Familie war immer nur Teil der Dekoration“, so die Tochter einer Tunesierin und eines Nigerianers, „um zu zeigen, wie vermeintlich weltoffen man doch ist.“ Im Alltag wurden sie und ihre Geschwister wegen ihrer dunklen Hautfarbe diskriminiert. Bei der unabhängigen Liste fühle sie sich hingegen respektiert und ernst genommen. „Ich möchte mich engagieren, weil ich Angst um meine Stadt habe“, sagt sie. Denn die neue Verfassung sieht nicht nur Parität in den Gremien vor, sondern auch größere finanzielle Unabhängigkeit für die Kommunen. „Dass Geld und Macht nicht gut zusammenpassen, haben wir in Tunesien ja nun zur Genüge erlebt“, lacht die 34-Jährige. Eine Liste von unabhängigen Bürger_innen der Stadt sei die beste Garantie gegen Amtsmissbrauch, ist sie überzeugt. Einen festen Job hat Oguntayo noch nicht gefunden, dafür aber eine Praktikumsstelle im Büro der FES in Tunis. Und sie hat gelernt, für ihre Rechte einzustehen „und auf den Tisch zu hauen, wenn es nötig ist“, erzählt sie lachend.

Sexuelle Minderheiten: doppelt diskriminiert

Genderthemen in die Öffentlichkeit bringen – darum geht es auch dem Festival Chouftouhonna (Ihr habt die Frauen gesehen), einer queerfeministischen Kunstveranstaltung, die dieses Jahr zum dritten Mal stattgefunden hat. In einem Theater am Rande der Altstadt von Tunis verhandeln Frauen



Bochra Triki gründete 2013 den Verein Chouf. Traditionelle Frauenorganisationen taten sich schwer mit den Anliegen der LGBTI-Community. Foto: Sarah Mersch

aus der ganzen Welt feministische Themen. Es geht um Kunst, Politik und Sexualität. Organisiert wird das Festival von der LGBT-Organisation Chouf. „Wir hatten zunächst versucht, die traditionellen Frauenorganisationen anzusprechen“, erzählt die Gründerin von Chouf, Bochra Triki. Doch die hätten sich schwergetan mit homosexuellen Themen, sagt die junge Uni-versitätsdozentin. Sie gründete mit einigen Mitstreiterinnen 2013 ihren eigenen Verein, denn die anderen Organisationen, die für die Rechte von sexuellen Minderheiten kämpfen, werden von Männern dominiert.

„Wir werden gleich doppelt diskriminiert, wegen unseres Geschlechts und unserer sexuellen Orientierung“, erzählt eine junge Frau, die ebenfalls bei Chouf Mitglied ist, aber anonym bleiben möchte, da ihre Familie nichts von ihrer Homosexualität weiß. Denn die ist nicht nur ein gesellschaftliches Tabu, sondern kann in Tunesien mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden. Gegen Belästigungen und Übergriffe vorzugehen ist damit quasi unmöglich, denn die Opfer riskieren, selbst zu Beschuldigten zu werden.

Die Studentin ist zu Chouf gekommen, nachdem sie von einem Unbekannten unter Druck gesetzt wurde, der gesehen hatte, dass sie eine Frau geküsst hatte. „Vorher wusste ich gar nichts über das queere Milieu in Tunesien. Jetzt habe ich ein Netzwerk, auf das ich zählen kann“, sagt sie. Ihre Erleichterung ist heute noch zu hören. Das Netzwerk ist es auch, das

die alltägliche Diskriminierung erträglich macht. „Warum hängst du mit diesen Leuten rum? Warum haben die kurze Haare? Warum ziehst du dich wie ein Junge an? Und wann willst du endlich heiraten?“ – das bekämen sie täglich zu hören, erzählen die beiden Frauen.

Doch allein die Tatsache, dass sie inzwischen auch mit den anderen Frauenorganisationen eng zusammenarbeiten, dass in der Öffentlichkeit über LGBT-Themen diskutiert wird und ein Festival wie das ihre mitten in der Hauptstadt stattfinden kann – all das ist für Triki und ihre Mitstreiterinnen ein Zeichen, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln. „Vor 2011 wäre das niemals möglich gewesen“, ist sie überzeugt.

AUTORIN: Sarah Mersch